

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.—RM Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22632

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparkasse Nebra — Bankverein Nebra.

Nr 52

Sonnabend, den 30. April 1932.

45. Jahrgang

Die letzte Woche

Alles war in Genf vorbereitet. Die Fäden waren sorgsam angeknüpft. Nun wollte und sollte man sich zusammenlegen, Europa mit Amerika, Stimson mit Tardieu, MacDonald und Brüning. Vielesicht würde auch Brandt noch einmal kommen können, noch rechtzeitig. Alles war für die Krienskonferenz gerichtet. Da kommt das Pariser Telegramm: Tardieu's Hölzertraumung gefallt nicht... Es nißt nichts, daß der französische Ministerpräsident von den letzten ins Zeit gefekt wird, es nißt nichts, daß in alle Welt hoch und heilig verachtet wird, Tardieu sei miltlich krank. Er ist es vielleicht logar. Er hat nur das Bed, daß es niemand glaubt. Er hat nur das Bed, daß niemand sich ernsthaft davon überzeugen läßt, daß er zu jeder noch so leife gebürigen Unterhaltung unfähig sei. Auch in alle Wägen an Wochensammlungen kann den Einbruch nicht weiterzieren, daß die Kriens sehr gelegen kam. Was dieses Pariser Telegramm und der Entschluß dazu in der Weltpolitik, die schüchternste Anlage einer Wiederbelebung gerade eben zeigte, angeordnet hat, das beweist die geradezu brüste Abreise des amerikanischen Außenministers Stimson, der sofort einen Schiffsplatz belegt hat. Ob das was an Schaden angerichtet worden ist, wieder gutgemacht werden kann, wie und wann, das weiß niemand. Und wenn man im Zusammenhang hiermit im „Echo de Paris“ liest, daß der „glückliche Zufall, der die Genfer Konferenz unmöglich gemacht habe, zu prüfen sei“, weil „Mr. Stimson“ festgesetzt worden ist, „daß er nicht mitzubringen hätte müßten müssen“ — dann weiß man, daß diese Krankheit Tardieu's, ob sie nun echt ist, oder schlecht gespielt, dazu angetan sein soll, Weltpolitik zu machen. Mit anderen Worten: Die Genfer Annäherung ging Herrn Tardieu schon zu weit. Frankreich will mindestens vor der Wahlen sich nicht für Sühnen entschließen, wie sie von Amerika, England, Italien und Deutschland zur Debatte gestellt worden sind.

Neben den außenpolitischen Ereignissen bilden die Ergebnisse der Wahlen in Österreich, vor allem die Entscheidung, die in Kreuzen gefallen ist, das politische Tagesgespräch. Die Weimarer Koalition, die bisher im Preußischen Landtag über eine geringe Mehrheit verfügte, ist in die Minderheit geraten. Aber auch die Rechte hat trotz ihrer in der deutschen Parlamentsgeschichte ungewöhnlichen Aufstiegs die absolute Mehrheit nicht ganz erreicht. Die Nationalsozialisten sind zwar die härteste Fraktion geworden, aber sie haben nicht die Mehrheit, nicht allein und auch nicht mit den Deutschnationalen. Die Kommunisten scheiden für eine ernsthafte Kombination überhaupt aus. Die Entscheidung liegt bei dem Zentrum, das die Schlüsselstellung in Preußen innehat. Auf die paar Mandate der Mittelparteien kommt es zuerst nicht mehr an. Sie sind bedeutungslos geworden. Bezüglich der Zentrumsmehrheit ist jetzt von Wert. Wie die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und der Zentrumspartei ausgehen werden, das müssen die nächsten Wochen zeigen. Wahrscheinlich wird man beim Zusammentritt des neuen Landtages, der von der preußischen Staatsregierung zum 24. Mai in Aussicht genommen ist, schon klarer sehen. Zum gleichen Termin ist auch der formelle Rücktritt des Kabinetts Braun zu erwarten. Auch in den übrigen Ländern, in denen am 24. April gewählt wurde, sieht die Regierungsbildung auf erhebliche Schwierigkeiten. Namentlich in Bayern und in Württemberg wird die Regierungsfrage noch die Kopfzerbrechen verursachen. In Hamburg haben durch die Wahlen die bisherigen Regierungsparteien eine Festigung erhalten, während in Anzahl nunmehr eine Reichsregierung aus Ruher kommen dürfte.

Das Bild, das der Wahlfreitag in Österreich bietet, ist in vielem dem preußischen Wahlergebnis sehr ähnlich, zeigt aber doch bemerkenswerte Abweichungen. Die sich aus der verschiedenartigen Struktur der miteinander vergleichbaren Parteien ergeben. Gleichmäßig ist die starke Zunahme der Nationalsozialisten, die beispielsweise in den Wiener Gemeinderat, der ihnen bisher verschlossen war, mit 15 Vertretern einziehen. Bemerkenswert ist aber, daß bei den österreichischen Wahlen auch der Einfluß des Sozialismus weitestgehend zu verzeichnen ist. Die Kommunisten haben sich fast überall härter behauptet, als man erwartete, und ihre Zunahme ist offenbar auf Kosten der Sozialdemokraten gegangen, die durchgehende Verluste hinnehmen mußten. Die nationalsozialistischen Gewinne kommen aus allen bürgerlichen Parteien, auch die Christlich-Sozialen sind von dem Einbruch der Nationalsozialisten nicht verschont geblieben; sie haben überall Einbußen erlitten, die sich auf ungefähr 30 Prozent belaufen. So wie die Gruppen der bürgerlichen Mitte in Kreuzen, sind in Österreich die Großbäuerlichen und der Landbau zwischen die Räder des Radikalismus geraten. Sie haben beispielsweise im Wiener Gemeinderat, im Landtag von Salzburg und im Landtag von Niederösterreich kein Mandat zu erlangen vermocht, was namentlich für die Großbäuerlichen in Salzburg 2 in Niederösterreich 3 und im Wiener Gemeinderat 2 Vertreter hatten, eine schwere Niederlage bedeutend. Dem niederösterreichischen Landtag vermischt das Wahlergebnis die Wahlergebnisse zu Ungunsten der Christlich-Sozialen, die bisher dort die Führung hatten, jetzt aber die Mehrheit verloren. Auch die Gemeindefragen in Steiermark und in Kärnten haben den Nationalsozialisten weitestgehend Gewinne gebracht, die sich über die örtliche Bedeutung hinaus dadurch

auswirken werden, daß die Nationalsozialisten von dort aus nun auch in den Bundesrat gelangen, in dem sie mindestens 3 Siege beanspruchen werden.

Der neu erwählte Staatspräsident de Valera hat schon im Wahlkampf und mit vermehrter Leidenschaft nach dem Siege und der Amtsübernahme den Kampf um die Wahrung des Treuebundes gegenüber dem König von England als eines seiner obersten Ziele verkündet, und es war zu erwarten, daß er alsbald nach Zusammentritt des neuen Parlaments diese Frage zur Entscheidung stellen werde. Er hat das auch getan, aber er hat gleich bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal erfahren müssen, was das zitternmäßige Wahlergebnis als Beobachter der irischen Entwicklung lehrt, daß nämlich die Regierung de Valera für alle parlamentarischen Entscheidungen abhängig bleibt von der Unterstützung der Arbeiterpartei. Diese hat sozialpolitische Fragen für vordringlich erachtet und sie im Parlament zuerst zur Erörterung stellen wollen, und als de Valera auf Vorzugung der Frage des Treuebundes drang, haben ihm die Arbeitervertreter im Dali die Befolgung verweigert, und er ist in der Minderheit geblieben. Es handelt sich um eine mehr gefühlsmäßige Abstimmung, und de Valera hat wohl recht, wenn er in dieser Niederlage keine Mistroutenstundegebung sieht und daraus keine Konsequenzen zieht; als Exmpium aber verdient diese Abstimmung im Hinblick auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen England und Irland Beachtung, denn sie ist geeignet, den Widerstand Englands gegen die irischen Forderungen zu vertiefen.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung

Vor der neuen Notverordnung. — Erlass in etwa 14 Tagen Berlin, 29. April.

Das staatspolitische Problem, das vordringlich gelöst werden muß, ist das der Arbeitsbeschaffung. Sofort nach der Rückkehr des Reichstanzlers wird das Kabinett mit der Beratung der dafür vorgesehenen neuen Notverordnung beginnen. In großen Umrissen ist es möglich, schon jetzt über die Pläne der Reichsregierung bestimmte Mitteilungen zu machen. Die neue Notverordnung enthält Maßnahmen, die notwendig werden, zur Ausfüllung des Defizits bei der Arbeitslosenfürsorge. Es handelt sich um einen Fehlbetrag von ungefähr 600 Millionen RM, die beschäftigte Reform des gesamten Versicherungswesens läßt sich zurzeit noch nicht durchführen. Bisher hat sich erst einmal der Reichsstatistiker in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Gremien über diese Problemstellung beraten. Vor dem Sommer wird die Reichsregierung kaum die große Sozialreform in Angriff nehmen können.

Für den Augenblick muß es sich darum handeln, so schnell wie möglich das Defizit zu beseitigen.

Man denkt hierbei an eine gewisse Anpassung der Güter an die Wohlstandsunterstützung, und zwar in formaler Form, je nach den Steuerungsverhältnissen, nach der Größe der Städte usw., weil auch hierover die geplante Zusammenlegung der drei Arten der Arbeitslosenunterstützung nicht durchführbar ist. Nun wird das Defizit auf diesem Wege allein nicht gedeckt werden können, so daß auch andere Quellen herangezogen werden müssen, aber auf keinen Fall neue Steuern.

Der zweite große und wichtigste Teil der Notverordnung umfaßt dann alle Probleme, welche mit der Arbeitsbeschaffung zusammenhängen. Das Reichskabinett will durch zusammenfassende Maßnahmen erreichen, daß neben der Saison- und konjunkturngigen Abnahme der Arbeitslosigkeit ungefähr 400 000 Arbeiter mehr in den Produktionsprozess hineingestellt werden können. Rechnen wir dazu die Familien, so kommen wir zu einer Versorgung von mehr als einer Million Menschen.

Leider eine Reihe von Einzelmaßnahmen dieses Beschaffungsprogramms sind schon früher Mitteilungen gemacht worden, die sich jetzt als richtig erweisen. Im Vordergrund steht eine starke Förderung der Siedlung, sowohl der ländlichen Randbesiedlung wie der städtischen Siedlung. Die eingehenden Vorbereitungen zielen besonders auf eine Verbilligung des Anleiens und die Kapitalbeschaffung hin.

Bei der Randbesiedlung wird auf die Personen hauptsächlich zurückgegriffen, welche ohnehin Anspruch auf Renten haben. Bei der ländlichen Siedlung fallen die Kosten, welche sich pro Stelle bisher auf bis 50 000 RM belaufen, auf 5000 bis 6000 RM in der Weise heruntergedrückt werden, daß man Holz aus staatlichen Forsten für den Häuserbau bereitstellt. Boden heranzuführen, der für absehbare Zeit nur vorzeitig zu werden braucht, und dergleichen.

Wie ebenfalls, bereits angekündigt, beschäftigt man einen starken Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes. Während bis jetzt bisher ungefähr 36 000 Menschen beschäftigt sind, glaubt man, diese Zahl mit einem verhältnismäßig geringen Kapitalaufwand mittelstens verdreifachen zu können. Gerade in Verbindung mit der Förderung der Siedlung ergeben sich für diesen freiwilligen Arbeitsdienst viele Aufgaben. Denken wir nur an den Straßen- und Wegebau. Außerdem soll für den gewerblichen Mittel- und vermehrte Arbeit beschäftigt werden, besonders durch

die in der letzten Zeit ergeblich erweiterte Reparatur der Altbauten. Hier sind allerdings die Verhandlungen über die Finanzierung noch nicht abgeschlossen. Das Reichskabinett, das in der nächsten Woche die Beratung dieser Fragen und Probleme befehlen wird in Angriff nehmen wird, rednet damit, daß die neue Notverordnung in etwa 14 Tagen erlassen sein kann.

Die Reichsbahn senkt ihre Preise

Abbau der Schnell- und Eilzugsfähige um 50 Prozent Herabsetzung der Zeitfahrpreise. — Verbilligung der Sommerurlaubsfahrten.

Der harte Rückgang des Reiseverkehrs hat die Reichsbahn-Gesellschaft veranlaßt, ihre Tarifpolitik einer gründlichen Korrektur zu unterziehen. Ausgehend von der Erwägung, daß nur durch eine erhebliche Verbilligung ihrer Tarifsätze eine Belebung des Reiseverkehrs und dadurch eine Rentabilität des Betriebes zu erreichen ist, hat sich die Reichsbahnverwaltung entschlossen, die Perzentuale wesentlich zu verbilligen. Mit Wirkung vom 1. Juni werden die bisher gültigen Sätze für Schnell- und Eilzugsfähige um die Hälfte herabgesetzt und die Zeitfahrpreise auf dem Wege der Vereinfachung um 8 bis 21 v. H. verbilligt. Außerdem kommt die Reichsbahn durch eine Verbilligung des Sommerurlaubsverkehrs um 20 v. H. den Wünschen der Bevölkerung in betragsmäßig weitestgehender Weise entgegen. Die Reichsbahn hofft, durch diese Maßnahmen von Belang der deutschen Erholungsstätten zu fördern.

Die neuen Schnell- und Eilzugsfähige

Nach der neuen Regelung werden die Schnell- und Eilzugsfähige mit Wirkung vom 1. Juni 1932 wie folgt bemessen:

	3. K.	2. u. 1. Kl.
Zone 1 (1—75 Km.)	0,50	1,00
2 (76—100 „)	1,00	2,00
3 (151—225 „)	1,50	3,00
4 (226—300 „)	2,00	4,00
5 (über 300 „)	2,50	5,00

In gleicher Weise erfahren auch die Eilzugsfähige eine Herabsetzung um 50 v. H. in folgendem Ausmaß:

Zone 1 (1—75 Km.)	0,25	0,50
2 (76—100 „)	0,50	1,00
3 (151—225 „)	0,75	1,50
4 (226—300 „)	1,00	2,00
5 (über 300 „)	1,25	2,50

Die bisherige Abgabe bei Eilzügen (1—25 Km.) fällt fort. Für die Benutzung von 7 D. 3 Zügen (einschließlich Zuschlag von 4 RM) treten zu dem Schnellzugszuschlag 2. und 1. Klasse hinzu für Entfernungen bis zu 300 Kilometern 2 RM, darüber hinaus 3 RM.

Die Herabsetzung der Zeitfahrpreise

Mit Wirkung vom 1. Juni 1932 wird die Reichsbahn die große Spanne, die zwischen den Zeitfahrpreisen für Personen- und Eilzüge und zwischen den Zeitfahrpreisen der 2. und 3. Klasse besteht, verringern.

Künftig soll, wenn die Zeitfahr 3. Klasse Personenzug = 100 beträgt, die Zeitfahr 3. Klasse mit Eilzugberechtigung = 133, die Zeitfahr 2. Klasse für den Personenzug gleichfalls = 133 und die Zeitfahr 2. Klasse mit Eilzugberechtigung = 167 betragen.

Danach wird also die Monatsrate 3. Klasse mit Eilzugberechtigung denselben Preis haben wie die Monatsrate für den Personenzug in der 2. Klasse. Ein Inhaber einer Monatsrate für 2. Klasse Personenzug darf also ohne weiteres einen Eilzug in der 3. Klasse auf Grund seiner Monatsrate benutzen bzw. darf der Besitzer einer Monatsrate für 3. Klasse Eilzug in dem Personenzug in der 2. Klasse fahren. In ähnlicher Weise wird, wie es auch heute schon ausgedrückt ist, der Inhaber einer Monatsrate 2. Klasse mit Eilzugberechtigung in der 3. Klasse Schnellzüge benutzen können. Hier ist die Spanne zwischen diesen einzelnen Zeitfahrpreisen weitaus größer und komplizierter. So beträgt zum Beispiel das Verhältnis einer Monatsrate 3. Klasse Personenzug zu einer Monatsrate 2. Klasse mit Eilzugberechtigung 100 : 211.

Die neue Maßnahme stellt also eine Vereinfachung dar und bringt für die Monatsrate 3. Klasse mit Eilzugberechtigung eine Ermäßigung um 87 v. H., für die Monatsrate 3. Klasse Personenzug eine Ermäßigung um 11,6 v. H. und für die Monatsrate 2. Klasse mit Eilzugberechtigung eine Ermäßigung um 21 v. H. gegenüber den heutigen Sätzen.

Die neue Maßnahme findet Anwendung bei den Monatsraten. Spätermonatsraten und Teilmonatsraten.

Die Verbilligung der Sommerurlaubsfahrten

Eine besondere Verbilligung wird in diesem Jahre der Sommerurlaubsverkehr erfahren. Die Reichsbahn hat, wie bereits gemeldet, die Einführung von legennannten Sommerurlaubsfahrten mit einer Ermäßigung von 20 v. H. beschlossen, die in je nachdem je Erholungs- und Urlaubsreisen, die in die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober fallen, ausgegeben werden sollen. Die Geltungsdauer dieser Karten beträgt zwei Monate.

Im einem Mißbrauch für andere Zwecke als Erlangung der Vorzüge, muß die Antragsfrist am ersten Geltungstage angetreten werden, während die Rückfrist frühestens am 11. Geltungstage erfolgen darf. Sommerurlauben werden für alle Berufsverbindungen der Reichsbahn aufgelegt, für die auch gewöhnliche Fahrkarten vorzuziehen.

Dabei ist die Mindestfernerungsgrenze auf 200 Kilometer festgelegt.

Bei Benutzung von Schnell- und Eilzügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen. Die Sommerurlaubstatten sind nicht übertragbar und müssen vom Anhaber unterschrieben werden. Da die Ferienurlaubstage gleichfalls eine Ermäßigung von 20 v. H. genießen, werden an den Tagen, an denen Ferienurlaubstage verkehren, nach den Zielen dieser Züge keine Sommerurlaubstatten ausgeschrieben.

Neue Diskontierung.

Ganz überraschend hat die Reichsbank eine neue Senkung des Diskonts durchgesetzt, nachdem dieser erst vor knapp drei Wochen auf 5½ Prozent ermäßigt worden war. Am Mittwochabend hat die Zentralbank der Reichsbank eine Diskontsenkung um ½ Prozent auf 5 Prozent gutgeheißen. Der Lombardfuß wurde von 6½ auf 6 Prozent.

Deutsche Tageschau

Bisher keine neuen Koalitionsverhandlungen in Hessen. In den Verhandlungen über neue Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in Hessen wird berichtet, daß es sich zunächst nur um Gerüchte handelt, für die positive Unterlagen nicht vorhanden sind. Es ist anzunehmen, daß nur der Einfluß von Preußen Veränderungen in Hessen eintreten werden.

Wirtschaftspartei weiter für Brüning.

In der Sitzung der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei kam bei der Aussprache über den Ausgang der Länderwahlen zum Ausdruck, daß die Partei ihre politische Haltung zum Kabinett Brüning verständig nicht zu ändern brauche. Allerdings würden die Führer der Partei dem Reichstagsfraktion Anträge machen, die Forderungen auf beschleunigte Maßnahmen für den inneren Aufbau der deutschen Wirtschaft unterbreiten.

Konferenz über die 40-Stunden-Woche.

Am Reichsarbeitsministerium hat am Donnerstag eine Konferenz der Vertreter der Reichsministerien und der Länder begonnen, in der die verschiedenen Pläne des Reichsarbeitsministeriums zur Einführung der Arbeitswoche durch Einführung der 40-Stunden-Woche besprochen werden sollen. — Am Freitag findet ebenfalls im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände statt.

Auslands-Rundschau

Der Wunsch der Vater des Gedankens.

Wie die politische Presse aus Danzig erfahren haben will, soll sich der Reichsbundestammrat Graf Gröning mit dem Gedanken tragen, bereits im September, während der Tagung des Weltkongresses, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Graf Gröning wollte Graf Gröning, so meint der rechtsgerichteten „Grenzpost“, die Stellung Danzigs dem Vaterland gegenüber erleichtern. Nach seinem Bericht meinte Gröning jedoch keine Amtstätigkeit noch bis zum Dezember ausüben. Wie sein sich darüber klar, daß nach den letzten Vorfällen eine Zusammenkunft zwischen Gröning und Polen keine Aussicht auf Erfolg hätte. Gröning würde sich dem Gedanken Gröning in all den vermittelten Danzigs-politischen Fragen als „unparteiliche Persönlichkeit“ betraden.

Die deutsche Sprache gleichberechtigt in Schweden. Der gelegentliche Ausdruck von Schweden für das, was uns Bindung bedeutet wird, in einer einmütigen gemeinsamen Entscheidung des Abkommens zwischen Schweden und Schweden bestätigt, das u. a. die Einführung der deutschen Sprache als gleichberechtigte Amtssprache neben dem Englischen und Schwedischen vorsieht. Der gelegentliche Ausdruck von Schweden wird durch Verfassungsänderung seine Lebensdauer um ein Jahr verlängern, um die zur Durchführung der Abkommensbestimmungen nötigen gelegentlichen Maßnahmen treffen zu können.

Hoover mahnt zur Sparfamkeit.

Präsident Hoover hielt auf der Gouverneurskonferenz in Richmond (Virginia) eine lange Rede, in der er erneut über die Sparfamkeit in allen Zweigen des Staatshaushalts forderte. Eine Herabsetzung der Ausgaben sei die größte nationale Notwendigkeit.

Keine politische Meinungen.

Janet Pechko in Moskau. Der russische Ministerpräsident Janet Pechko ist zum Besuch der Sowjetregierung in Moskau eingetroffen.

Keine österreichische Moratoriumserklärung. Wie von antwortlicher österreichischer Seite erklärt wird, entspricht die Nachricht des „Daily Express“, wonach eine österreichische Moratoriumserklärung bevorstehe, nicht den Tatsachen.

Aus der Umgegend

Neuba, 29. April.

— **Kirchliches.** In der nächsten Woche fällt die Westende am Mittwoch aus. Dafür findet am Simmelichsstraße am 8. Uhr Mittagsstunde statt. Für Montag, den 2. Mai, wird zur Trauungsmittagsmahlzeit eingeladen.

— **Vielenbetrieb.** Vornehmer Vielenbetrieb wird am Sonntag den Besuchern der „Burg“-Dale geboten. Die neuesten Tanzsahnen werden erklingen und Mel und Jung in ihren Bann ziehen. — Für das leidliche Wohl ist ebenfalls beifens erfolgt.

— **Sportverbeand in Eibenburg.** Eine Veranstaltung, die für den Sport werben und ihm neue Freunde zuführen soll hat die Neubaer Sportvereingung 1924 für Sonntagabend geplant. Sportlerinnen und Sportler werden durch Vorführungen eine Probe der in der N.S.V. geübten Sportarten geben. Blumhühner betriebener gesunder Sport ist ein Jungtumbar für unser Volk, deshalb sollte der Sportbewegung, soweit sie nicht darauf eingestellt ist, einzelne Spitzleistungen zu zücken, sondern das Volksganz durch Spiel und sportliche Übung zu stärken und zu erheitern, allgemeine Unterhaltung entgegengebracht werden. Nach diesen, viele absteils und halten den Sport für überflüssig oder gar schädlich. Diesen Vorurteilen entgegenzuarbeiten, soll der Verein beabsichtigen. Auch für Unterhaltung ist gefordert, denn die Sportler werden durch Ausführung eines Theatervorfalls zeigen,

daß sie auch auf anderen Gebieten ihren Mann stehen. Ein Langtänchen wird die Veranstaltung beschließen. — Ein Spaziergang durch die beginnende Baumbliede nach Eibenburg dürfte deshalb zu empfehlen sein.

— **Berufsberatung.** Am Dienstag, dem 3. Mai, hielt der Berufsberater aus dem Arbeitsamt Halle wieder Sprechstunden von 16—18 Uhr in der Nebenstelle des Arbeitsamtes zu Querfurt, Klippe 18, ab, erteilt Berufsrat und übernimmt Vermittlung von Auszubildenden, alles kostenlos. Schulzeugnisse, bemerksenswerte Arbeitsproben, von Schulentlassenen auch Arbeitsproben sind mitzubringen. Derselbe sind Männerberufe an der Reihe. Die Besuche jeden ersten Dienstag im Monat. Der Berufsberater ist auch im Arbeitsamt Halle selbst erreichbar. Näheres in unserer Geschäftsstelle.

— **Wichtige Nachrichten über den Fernverkehr.** Weiterbildung des Fernverkehrs. Einleitend. — Bei Gesprächsverbindungen im beschleunigten Fernverkehr (Nachverkehr) kommt es bisweilen vor, daß sie aus technischen Gründen zugunsten anderer Ferngespräche oder der Uebermittlung von Brieftelegrammen unterbrochen werden müssen. In solchen Fällen wird die unterbrochene Verbindung nach Beendigung des Ferngesprächs oder nach Uebermittlung des Brieftelegramms wieder hergestellt, wenn der Teilnehmer oder der Sprechende einer öffentlichen Sprechstelle, der das unterbrochene Gespräch angemeldet hatte, dies spätestens 1 Stunde nach der Unterbrechung beantragt. Bei der Gebührenberechnung werden die auf volle Minuten abgerundeten Gesprächszeiten des unterbrochenen Gesprächs und des Erstgesprächs zusammengezählt; auf die Summe wird 1 Minute gut gerechnet. Ist die unterbrochene Verbindung bei einer öffentlichen Sprechstelle mit Münzfernpreisen, die zum Fernverkehr zugelassen sind, angemeldet worden, so wird als Erstgespräch ein Gespräch von 3 Minuten Dauer ohne Erhebung einer weiteren Gebühr gewährt. Unter den gleichen Bedingungen werden Ferner-Entgeltgespräche für solche Gesprächsverbindungen im beschleunigten Fernverkehr gewährt, die aus Anlaß einer Störung oder eines Betriebsunterbrechens vorzeitig unterbrochen worden sind. — Für Gesprächsverbindungen des beschleunigten Fernverkehrs, welche durch Vorgänge im Betrieb mit einer anderen als der verlangten Sprechstelle hergestellt worden sind, wird ein Entgeltgespräch von 3 Minuten Dauer ohne Erhebung einer weiteren Gebühr gewährt, wenn die Verbindung mit der falschen Sprechstelle nicht länger als eine Minute gedauert hat und der Anrufer im Anschluß an diese Verbindung oder spätestens 10 Minuten nach ihrer Beendigung gestellt wird.

— **Schönhera.** Die Tochter unseres Ortsrichters Verlobt kam beim Bremmelfest nach an das Anstrufer. Durch einen unglücklichen Unfall rutschte sie ab und stürzte in das Wasser. Die 16jährige Kleine erlitt eine Weidenweide, der aber abtrah, sodas sie wieder untertauchte. Endlich gelang es ihr glücklicherweise, beim ahermaligen Emporkommen doch noch Weidenweide zu fassen, an denen sich das zum Schwimmen erforderliche herausziehen konnte, und die herbeigekommene Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Kind und Eltern kamen so mit dem Schreden davon.

— **Cauba (Anstruf).** Die bereits vor längerer Zeit in Anstruf genommenen Arbeiten zur Aufriingung der Siedelände ereien im Drahtgeflecht und am Ende sollen in diesem Jahre mit Nachdruck fortgesetzt werden. Ein großer Teil der früher festgelegten und letzten hänge ist bereits beplant; die restliche Fläche soll durch Anpflanzung von etwa 10 000 Schwarzkiefern und 4000 Bärchen aufgeforstet werden. Die Arbeiten werden durch Wohlhabensverbände ausgeführt.

— **Mädels (Kr. Querfurt).** Die Reifezeugnisse sind mit Genehmigung des Bezirksausschusses wie folgt erhöht worden: Grundermögenseiser von bebautem Grundbesitz von 200 auf 22½ Prozent, von unbebautem Grundbesitz von 200 auf 21½ Prozent, Gewerbesteuer von 400 auf 420, Gewerbesteuer von 800 auf 850 Prozent.

— **Helldorf.** Eine für Grundbesitzer recht unangenehme Wahlpropaganda ist das Verhalten und Verhalten der Siedelkronen. Den Kampf um die Ämter nehmen jetzt der hiesige Bürgermeister und ein Anstalt Hausbesitzer auf. Ersterer fordert in einer Bekanntmachung gemäß § 14 des Polizeiverordnungsgehezes vom 1.6.31 die Heißer, Bernalter und Nachhüter von Grundstücken auf, alle Plakate, Aufschriften u. dergl., die als Wahlpropaganda an Häusern, Mauern, Anschlagtafeln usw. angebracht sind, binnen 3 Tagen zu entfernen. Desgleichen legt der Magistrat eine Belohnung von 50 RM. für Ermittlung der Verleiher derartiger Vermisierungen aus. Auch die geschädigten Hausbesitzer schreiben eine Belohnung für Ermittlung verlangen aus, die rechtswidrig ihre Grundstücke bemalt oder beklebt haben.

— **Sangerhausen.** Der Gläubigerausschuß der Gewerbebank E. G. m. b. H. zu Sangerhausen in Liquidation befaßt sich in seiner letzten Sitzung unter Hinzuziehung eines Teiles der Gläubiger eingehend mit den jetzt bestehenden Verhältnissen der Gewerbebank. Der Umsturz der Bank ist auf etwa ein Drittel des vorigen Jahres zurückgegangen. Um die Umkosten zu senken, wurden mehrere Angestellte entlassen. Der Gläubigerausschuß richtete sein Hauptaugenmerk darauf, Sonderrechte für einzelne Gläubiger abzuwehren. Die Frage, welche Schadenersatzansprüche an der früheren Aufsichtsrat zu stellen sind, soll von der Beamteten Sammentretenden Generalversammlung entschieden werden.

— **Wrimar.** (Thüringens Post gegen Aktivist Verbrechen.) Das Reichsgericht in Leipzig hat in dem Prozeß des Landes Thüringen gegen die Konsolidierten Metallwerke, Bielefeld, auf Zahlung einer jährlichen Förderabgabe von rd. 24 000 RM. für die nach Uebernahme der Quote stillgelegte Gewerkschaft Thüringen in Heiligenborn das fageabweisende Urteil des Oberlandesgerichts Naumburg aufgehoben und die Sache zwecks „weiterer“ Behandlung und Entscheidung an die Bezirksinstanz zurückverwiesen. Das Land Thüringen trägt keine Ansprüche darauf, daß die Metallwerke das Vermögen der Gewerkschaft Thüringen in allen wesentlichen Teilen übernommen und daher dem Lande auch für den für die Dauer der Stilllegung vorzuzugigen Förderzins zu haften haben. Wie das Reichsgericht in seinen Entscheidungsgründen betont, wird der Verwaltungsverwalter zur Frage der Vermögensübernahme nach § 413 BGB. und der sich daraus ergebenden Haftung nach in Erwägung ziehen müssen, welche wirtschaftliche Bedeutung dem bei der Gewerkschaft Thüringen zunächst verbliebenen

Bewerksvermögen etwa noch zukommen konnte. Für die Verlegung des Wertes gilt zu schließen mit dem bei der Verlegung der Thüringen verbleibenden Vermögensbestand wird der Verwalter der Metallwerke, soweit sie übertragen ist, sowie des sonst übergegangenen Vermögens auch den Wert gegenüberstellen, aus denen die Gewerkschaft ihre Schulden abdecken sollte. Erst aus dieser Gegenüberstellung kann sich ergeben, wie die Lage ist.

— **Halle.** In letzter Zeit ist hier ein Warenbetreiber aufgetreten, der bei verschiedenen Firmen telefonisch Bestellungen aufgab und die Waren in einer Geschäftswirtschaft abgeben ließ. Mit der Abholung beauftragte er in den meisten Fällen Kinder. Es handelt sich vornehmlich um Schokoladen, Pfeffer und Tabakwaren. Der Betrüger ist etwa 48 bis 50 Jahre alt.

— **Halle.** In einer Besprechung der Industrie- und Handelskammer in Halle berichtigte Vizepräsident Werber ausführlich über die Steuerzuschüsse der Deutschen Industrie- und Handelskammer, wobei er insbesondere auf die Abführung der Hauszinssteuer und den Strukturwandel in Einzelhandel einging. Die Aussprache zu diesen Ausführungen war sehr lebhaft. Es wurde in ihr zum Ausdruck gebracht, daß es zweckmäßiger sei, eine Entlastung des mittelständlichen Einzelhandels herbeizuführen, als die besonderen Betriebsformen der Groß- und Einzelhandelsbetriebe mit Sondersteuern zu belasten. Die Kammer befaßte sich dann mit Verlehrsfragen. In einer einstimmig angenommenen Entscheidung wandte sich die Versammlung gegen die Schaffung eines Monopols des Kraftwagenverkehrs für die Reichsbahn.

— **Halle.** Bei der Ermittlung eines Melets aus seiner Wohnung am Schützenweg kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und der Polizei, auf die aus mehreren Häusern etwa acht scharfe Schüsse abgegeben wurden. Die Polizei erwiderte das Feuer mit Schreckschüssen und räumte unter Anwendung des Munitionspatens die anliegenden Straßen, wobei etwa 20 Personen verletzt wurden. Unter dem Schlag einer großen Polizeiflanke, die zum Teil mit Karabinen besetzt war, wurde alsdann die Ermittlung durchgeführt. Verleht wurde niemand.

— **Bei den Kravallen** sind insgesamt 27 Personen festgenommen worden. Unter den Festgenommenen befindet sich der kommunistische Stadtratsmitglied Wabel sowie eine Frau, die sich als Räuberin betätigt hatte.

— **Lützen.** Die Stadtkirche, die zum Gustav Adolf-Tage erneuert wurde, konnte noch nicht aufgeführt werden. Der Feiertag, Magdeburg, hielt die Wehrleute. Der Feiertag wohnten neben dem Regierungspräsidenten zahlreiche Vertreter der Behörden des Provinzialparlamentes und der kirchlichen Körperschaften bei. Die Größe der Provinzialparlament übertrug Landesbischofpräsident Grolmann, Halle.

— **Medda (Kr. Wittenberg).** Der vierzehnjährige Sohn eines Landwirts in Kersdorf hat sich nach einem Streit mit seinem einige Jahre älteren Bruder im nahen Bode mit einem Strick erhängt.

— **Sohleina (Kr. Delitzsch).** Der Lehrer Rudolf Martin aus Sohleina wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen eines am 1. März stattgefundenen Diebstahls der letzten Monate Gefängnis verurteilt. Er hatte von den Sportarten zweier anderer Schüler, die er zur Jüngen-Guildrit eingeladen hatte, 175 bzw. 50 Mark abgehoben. Das Geld zahlte er, nachdem er vom Rückgabe der Bücher erlucht worden war, mit Jüngen wieder ein. Staatsanwalt und Gericht verurteilten die Auffassung, daß der Tatbestand der Amtsunterschreitung erfüllt sei.

— **Grünwald (Kr. Liebenwerda).** Ein schweres Unfälle ereignete sich auf der Werbe-Kogge. Eine Abraummaschine, die ein von einem Harten Gemüterwagen unterpflüßtes Glets der Trostentpfele befuhr, entgleiste und stürzte die Böschung hinunter, wobei sie sich mehrmals überlegte. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt. Drei weitere erlitten leichtere Verletzungen.

— **Wassengörsch (Kr. Langensalza).** Am Anwesen des Landwirts Moschow brach aus noch nicht aufgeführter Ursache ein Großfeuer aus, das binnen kurzem Wohnhaus, Scheune und Stallungen einäscherte. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

— **Köffen.** Auch die letzte Zuckersfabrik in der hiesigen Gegend, die Fabrik in Köffen-Kleppitz, soll bereits in der kommenden Kampagne ihren Betrieb nicht wieder aufnehmen.

— **Heßberg (Kr. Ziegenhain).** Bei einem Gewitter in der hiesigen Gegend folgte der Blitz einem Windsturm und prang von dort auf einen Stadtbrand über. Zwei Pferde vor dem Gespann eines Landwirts, die in diesem Augenblick den Brand berührten, wurden getötet. Der Gefährter wurde getötet, erholte sich aber bald wieder.

— **Schönwald (Kr. Spheinsfeld).** Im benachbarten Kersdorf legte ein Blitzschlag die Scheune des Landwirts Starck-Köppe in Brand. In wenigen Minuten waren Stall, Scheune und der angrenzende Geflügelstall in Flammen er. Auch das Wohnhaus küste ein. Das ganze Anwesen, sämtliche landwirtschaftlichen Maschinen und Utensilien, 50 Zentner Saatkrößen sowie Mel und Stroh fielen den Flammen zum Opfer. Das Vieh wurde durch einen Blitz getötet. Der Besitzer war während des Brandes von Orte abwesend.

— **Alfshar (Kr. Delitzsch).** Eine kaum glaubliche Geschwindigkeit hat sich auf der Eisenbahnstrecke Halle—Gilenburg abgepielt. Der Zugführer eines Zuges bemerkte plötzlich auf den Schienen einen gestreiften jungen Mann. Der Zug konnte rechtzeitig angehalten werden. Man nahm den Mann für einen etwaigen Raubler Bandwirts beauftragten Hofmann, zum Bahnhof mit, wo er erzählte, er sei von Motorradfahrern überfallen und gesteuert auf die Bahnschienen gelegt worden. Später gelang er ein, den überfall erlitten zu haben. Wie aus seinen Aussagen weiter hervorging, ist er durch einen Schundroman auf seinen verrückten Einfall gebracht worden.

— **Defsa.** Staatsminister Dr. Weber und Oberbürgermeister Heße hatten im Reichsarbeitsministerium in Berlin eine erneute Besprechung, um schnellste Hilfsmaßnahmen für die Untermenschen zu erörtern. Die Existenzen von 2 000 Arbeitern und Angestellten stehen auf dem Spiel. Die Defsaer Geschäftsstelle, deren Forderungen in Höhe von 400 000 Mark in seiner Weise gelöst sind, sieht ebenfalls in Berlin ihr Schicksal vor sich.

Die Besprechungen zwischen dem anhaltischen Staatsminister, dem Oberbürgermeister von Defsa und dem Reichsarbeitsministerium haben, wie WTB meldet, zu einem positiven Ergebnis nicht geführt. Das Reichsarbeitsministerium legt größten Wert auf einen genauen Status und einen feststimmten Reorganisationsplan, der von den

Und immer wieder der Pfennig!

Der Pfennig ist der kleinste Wert unter unseren Münzen. Daß wir ihn deswegen nicht minder lieben und achten sollen, das haben wir alle schon in der Schule gelernt. Es erübrigt sich eigentlich auch hier nochmals das Sprichwort zu zitieren, daß derjenige keinen Zaier verdient, der diesen Pfennig nicht ehrt. Und trotzdem, auch heute, in dieser so geldarmen Zeit, muß die Bedeutung des Pfennigs immer wieder besonders hervorgerufen werden. Die Pfennigen sind zu falsch für einen Pfennig herauszugeben zu lassen, auch beim Zwei-Pfennigstück sind sie noch falsch, weil bei ihnen das Geld erst mit dem Fünf-Pfennigstück anfängt. Was erstickt man täglich an kuriosen Fällen: „Haben Sie vielleicht zufällig eine Zwei-Pfennigmarke?“ Und der Fragende hat Mühe, er erhält das gewünschte Wechselgeld, zahlt einen Groschen und sieht handend ab. Der lebenswürdige Herr macht: „Sie kommen aber noch etwas wieder, warten Sie mal!“ Aber der andere trägt die Nase so hoch, ein Säcklein gleitet über sein Gesicht: „Ach, das lassen Sie mal, das ist ja nicht so wichtig!“

Natürlich ist das wichtig, denn es muß alles seine Ordnung haben. Der lebenswürdige Herr, der uns da eine Briefmarke abließ, der will von uns keine zwei Pfennige geltend haben, denn er ist ja schließlich kein Bettler. Ah! aber haben gar keine Veranlassung, diese zwei Pfennige als wertlos oder unwichtig zu bezeichnen, denn — Hand auf's

Hers — wir alle sind schon in Situationen gewesen, wie uns selbst die zwei Pfennige fehlten. Zwei Pfennige fehlten an der Bohrhöhle; vielleicht auch hätten wir sie gerne gehabt, um ein Zigarette kaufen zu können, die wir so schwer entbehren. Man muß es den lieben Mitmenschen täglich aufs neue einbläuen, daß auch der Pfennig Geld ist, und wenn wir ihn lebend in eine Tasche legen, dann werden wir erkannt sein, nach festlichem Stimmchen im Zeitraum eines Jahres zusammengekommen ist.

Der Wert des Pfennigs sei an einem Beispiel klar gemacht, das nicht aus der Luft gegriffen ist, sondern vollsten Anspruch auf Wahrheit hat. Ein Vater hatte mit seiner Tochter in Berlin gemeinsam ein Wädelgeschäft. Der Vater war Eigentümer und mußte seine Tochter, die den Verkauf leitete, entsprechend entlohnen. Er trat mit ihr eine dahingehende Vereinbarung, daß sie alle eingehenden Pfennige als Lohn behalten könne. Die Folge war, daß die Tochter in einem Jahre ein ansehnliches Sparguthaben hatte, während der Vater an diesem Geschäftlich kaputt ging und sein Geschäft schließen mußte. Wir leben es wieder einmal: Das Schwerkriegsloch allem Geldes liegt doch beim Pfennig!

○ **Im Möwenfleisch ehret?** Die Möwe ist ein Vogel, der von Jahr zu Jahr in allen Ländern außerordentlich stark auftritt. Die Tiere mehren sich in sehr erfreulicher Weise, und man hat in Deutschland wiederum einmal die Frage

angeführt, ob man die Tiere nicht für Genußzwecke nutzbar machen kann. Inzwischen aber haben sich Feinschmecker und Wissenschaftler davon überzeugt, daß das Fleisch nicht für unseren verdünnten Geschmack wäre, da es durch und durch trüben schmeckt. Die Möwe, ein typischer Wintervogel, ist unter ihrem Federkleid mit einer dicken Fettschicht umgeben, die sie vor den schädlichen Einflüssen der Kälte und Nässe schützen soll. Dieses Fett ist ungenießbar. Wir müssen uns also schon darauf beschränken, uns an dem süßen Flug der Tiere zu erfreuen, denn Möwenbraten ist selbst für die anspruchsvollsten Menschen nichts!

○ **Immer noch nicht hoch genug.** Als Mittelpunkt des Handels ist in Chicago ein gewaltiger Wollentlager errichtet worden, dessen Länge 220 Meter und dessen Breite 99 Meter beträgt. Die nutzbare Bodenfläche der achtzehn Stockwerke und des noch sechs Stockwerke höheren Turmes umfaßt rund 370 000 Quadratmeter. In dem Bau, der 85 Millionen Dollars gekostet hat, können 30 000 Kaufleute untergebracht werden. Chicago wird sich aber nicht allzu lange dieses Rekordbaues rühmen können, denn schon 37 Meilen nördlich des Turmes wird ein noch viel größeren Geschäftshaus vor. Die Hausbehörden errichten demnächst für den inländischen Frachtverkehr ein Gebäude, dessen Höhe etwa 250 Meter beträgt und eine Breite von rund 120 Meter hat. Der Flächenraum dieses Gebäudes ist auf 480 000 Quadratmeter errechnet.

Die Rentabilität des RÜBENBAUS

hängt in der Hauptsache von einer zweckmäßigen und ausreichenden Düngung ab. Um bedeutend gesteigerte Ernteerträge und dadurch einen hohen Reingewinn zu erzielen, verwenden Sie Chilesalpeter, der für den Rübenanbau unerreichbar ist.

Die schnelle und zuverlässige Wirkung beruht auf den einzigartigen Eigenschaften:

1. Chilesalpeter, das Naturprodukt, enthält 15 1/2 bis 16% reinen Salpetersäure.

stoff in leicht löslicher Form, der von der Pflanze direkt aufgenommen wird.

2. Chilesalpeter ist ein alkalisches Stickstoffdüngemittel, das der Bodenversauerung entgegenwirkt.

3. Chilesalpeter enthält neben verschiedenen wertvollen Salzen das für Pflanze und Tier lebenswichtige Jod.

4. Chilesalpeter zeichnet sich durch eine gute Streufähigkeit aus.

AUSKUNFT über die zweckmäßige Verwendung erteilt: **CHILESALPETER** G. m. b. H. Landwirtschaftliche Beratungsstelle Berlin W 9 Bellevuestraße 11a.

CHILESALPETER
* bedeutend billiger *

Bekanntmachung.
Die Erhebung der Sozialbeiträge für die erste Rate 1932 in den Gruppen Grobmannen und Kleinmannen wird in **Grobmannen** am Dienstag, den 3. Mai, von vormittags 9 1/2—11 Uhr, in **Kleinmannen** am Dienstag, den 3. Mai, von vormittags 11 1/2—1 Uhr in den bekannten Lokalen stattfinden.
Artern, den 9. April 1932.
Die Kasse der **Versicherungsgesellschaft** Dienemann.

Konditorei und Café „Zur Burg“
Sonntag vornehmer Dielenbetrieb
Empfehle besonders:
Gemischtes Eis / Apfelmost
O. Möder
Es ladet freundlichst ein

Schweizerhaus Vitzsburg
Zu dem am Sonntag, dem 1. Mai, abends 8 Uhr stattfindenden **Werbeabend** der **Nebraer Sportvereinigung 1924** (V. M. B. V.) bestehend aus:
1. Sportlichen Vorführungen der Herren
2. Sportlichen Vorführungen der Damen
3. Theater
4. Ab 10 Uhr abends: Tanzkränzchen
Tade ist im Namen des Vorstandes der Nebraer Sportvereinigung hierdurch herzlich ein.
Eintritt 30 Pfg. **Otto Wirthmann.**

Mir wurde vom Herrn Regierungspräsident die Genehmigung zum Betriebe einer **Kraftfahrzeugführer-Schule** erteilt. Demzufolge habe ich einen der höchsten Ansprüchen genügt.
Lehraum mit allen technischen Unterrichtsmitteln
geschaffen und weiter stehen den Kursteilnehmern modernste Lehr-Fahrzeuge zur Verfügung.
Die **Ausbildungen können auf Wunsch ohne Berufsunterbrechung** erfolgen.
Ihm gültige Unterfertigung bitte
Private Kraftfahrzeugführer-Schule Willy Becker, Rosleben
Fernsprecher 374

Sie fahren besser mit BZ Karten

Für Auto- und Rad-Fahrer

Jedes Blatt nur 90 Pf.

BZ-Sonderkarten

A. Ostpreußen und Nachbar-Gebiete (Uckermark) und Straßen mit Entfernungen) 1,80 Mark	G. Thüringen, Wald, Saale-Tal und Frankenwald 1,80 Mark
B. Groß-Berlin (Durchfahrten u. Umfahrten mit Verkehrs-Vorschriften) 90 Pf.	H. Erzgebirge und Böhmisches Erzgebirge 1,80 Mark
C. 100 Kilometer um Berlin 1,80 Mark	K. Süddeutsche Gebirge 1,80 Mark
D. Mitteldeutsche Gebirge (Spre, Havel, Mecklenburgische Seen) 1,80 Mark	L. 100 Kilometer um Hamburg 1,80 Mark
E. Thüringisch-Weißthales Industrie-Gebiet 1,80 Mark	M. Oberbayern und Nordost (Westlicher Teil) 1,80 Mark
F. Harz und Kyffhäuser 1,80 Mark	N. Oberbayern und Nordost (Östlicher Teil) 1,80 Mark

Buchhandlung Wilh. Sauer, Rosleben.

Bin auch zur Reichsbahnbetriebskrankenkasse zugelassen.
Zahnarzt Grosse
Nebra a. U. Bahnhofstraße

Sommerprossen
werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke B) bereinigt. # 1.60, 2.75
Gegen **Bild, Miefler** Stärke A: Nebra: Adler-Druck, GutsMuths.

Rasch vorwärts
kommt im Französischen, wersch das Sprachübungs- und Unterhaltungsblatt **Le Traducteur** zulegt. Man überzeuge sich selbst und verlange ein Gratis-Probheft durch den Verlag des **Traducteur** in La Chaux-de-Fonds (Schweiz)

Inserieren bringt Gewinn

KLEIN-CONTINENTAL
DAS SCHREIBZEUG DES MODERNEN MENSCHEN
WANDERER-WERKE A.-G. LEIPZIG, CERNITZ
Generalvertretung: **Friedrich Müller, Halle a. S.**
616 u. 22102 • Leipziger Straße 29

Druckfachen aller Art
fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert prompt, billig und gut
Buchdruckerei Wilh. Sauer, Rosleben.

Eichen-Zaun-Säulen
Zaun-Latten u. -Riegel
Bohnenstangen vorrätig
Thüringer Holzwerke
ROSSLEREN

Neurmer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erhebt sich wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefabfertigung: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen sollen: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparkstraße Nebra — Bankverein Nebra.

Nr 52

Sonnabend, den 30. April 1932.

45. Jahrgang

Die letzte Woche

Alles war in Genf vorbereitet. Die Fäden waren sorgsam angeknüpft. Nun wollte und sollte man sich zusammenlegen, Europa mit Amerika, Stimson mit Tardieu, MacDonald und Brüning. Vielleicht würde auch Brandt noch einmal kommen können, noch rechtzeitig. Alles war für die Rikienkonferenz gerichtet. Da kommt das Pariser Telegramm: Tardieu'sche Fiebererkrankung gestattet nicht... Es nützt nichts, daß der französische Ministerpräsident von den letzten in die Welt gesetzt wird, es nützt nichts, daß in alle Welt hoch und heilig verkündet wird, Tardieu sei wirklich krank. Er ist es vielleicht sogar. Er hat nur das Bed, daß es niemand glaubt. Er hat nur das Bed, daß niemand sich ernsthaft davon überzeugen läßt, daß er zu jeder noch so leiche geführten Unterhaltung unfähig sei. Auch seine Worte an Wahlerversammlungen fassen den Eindruck nicht mehr hervor, daß diese Krankheit sehr gelegen kam. Was dieses Pariser Telegramm und der Einschluß dazu in der Weltpolitik, die schärfste Analyse einer Wiederbelebung gerade eben zeigt, angeht, hat, das beweist die geradezu brisante Rede des amerikanischen Außenministers Stimson, der sofort einen Schiffsplan belegt hat. Ob das, was in den Schanden angeht, werden wir, wieder aufgemerkt werden kann, wie und wann, das weiß niemand. Und wenn man im Zusammenhang hiermit im „Echo de Paris“ liest, daß der „glückliche Zufall, der die Genfer Konferenz unmöglich gemacht habe, zu prüfen sei“, weil wie „Matin“ feststellen glaubt, die Konferenz doch nicht abgehalten hätte, so ist das, dann weiß man, daß diese Krankheit Tardieu's, ob sie nun echt ist, oder schlecht gespielt, dazu angetan sein soll, Weltpolitik zu machen. Mit anderen Worten: Die Genfer Annäherung ging Herrn Tardieu schon zu weit. Frankreich muß mindestens vor den Wahlen sich nicht für Lösungen entschließen, wie sie von Amerika, England, Italien und Deutschland zur Debatte gestellt worden sind.

Neben den außenpolitischen Ereignissen bildeten die Ergebnisse der Wahlen in Italien, vor allem die Entscheidung, die in Rom getroffen wurde, das politische Tagesgespräch. Die Weimarer Koalition, die bisher im Kreislauf des Landtags über eine geringe Mehrheit verfügte, ist in die Minderheit geraten. Aber auch die Rechte hat trotz ihrer in der deutschen Parlamentsgeschichte ungewöhnlichen Zufriedenheit die absolute Mehrheit nicht ganz erreicht. Die Nationalsozialisten sind zwar die stärkste Fraktion geworden, aber sie haben nicht die Mehrheit, nicht allein und auch nicht mit den Deutschnationalen. Die Kommunisten scheiden für eine ernsthafte Kombination überhaupt aus. Die Entscheidung liegt bei dem Zentrum, das die Schlüsselstellung in Preußen innehat. Auf die paar Mandate der Mittelparteien kommt es gar nicht mehr an. Sie sind bedeutungslos geworden. Wichtig ist die Zentrumserhebung, die jetzt von Wert, die die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und der Zentrumspartei ausgehen werden, das müssen die nächsten Wochen zeigen. Wahrscheinlich wird man beim Zusammentritt des neuen Landtages, der von der preussischen Staatsregierung zum 24. Mai in Aussicht genommen ist, schon klar sehen. Zum gleichen Termin ist auch der formelle Rücktritt des Kabinetts Braun zu erwarten. Auch in den übrigen Ländern, in denen am 24. April gewählt wurde, steht die Regierungsbildung auf erhebliche Schwierigkeiten. Namentlich in Bayern und in Württemberg wird die Regierungsbildung noch viel Kopfzerbrechen verursachen. In Hamburg haben durch die Wahlen die bisherigen Regierungsparteien eine Festigung erhalten, während in Anhalt nunmehr eine Rechtsregierung aus Ruder kommen dürfte.

Das Bild, das der Wahlsinn in Oesterreich bietet, ist in diesem dem preussischen Wahlergebnis sehr ähnlich, zeigt aber doch bemerkenswerte Abweichungen, die sich aus der verschiedenartigen Struktur der miteinander vergleichbaren Parteien ergeben. Gleichmäßig ist die starke Zunahme der Nationalsozialisten, die beispielsweise in den Wiener Gemeinderat, der ihnen bisher verschlossen war, mit 15 Vertretern einzog. Bemerkenswert ist aber, daß bei den österreichischen Wahlen auch der Einkameralismus wesentliche Gewinne zu verzeichnen hat. Die Kommunisten haben sich fast überall häßlich behauptet, als man erwartete, und ihre Zunahme ist offenbar auf Kosten der Sozialdemokraten gegangen, die durchwegs leichte Verluste hinnehmen mußten. Die nationalsozialistischen Gewinne kommen aus allen bürgerlichen Parteien, auch die Christlich-Sozialen sind von dem Eindringen der Nationalsozialisten nicht verschont geblieben; sie haben überall Einbußen erlitten, die sich auf ungefähr 30 Prozent belaufen. So wie die Gruppen der bürgerlichen Mitte in Preußen, sind in Oesterreich die Christlich-Sozialen und der Landbau zwischen die Räder der Radikalisierung geraten. Sie haben beispielsweise im Wiener Gemeinderat, im Landtag von Salzburg und im Landtag von Niederösterreich kein Mandat zu erlangen vermocht, was namentlich für die Großdeutschen, die in Salzburg 2, in Niederösterreich 5 und im Wiener Gemeinderat 2 Vertreter hatten, eine schwere Niederlage bedeutet. Die österreichischen Wahlen verlaufen, das Wahlergebnis die Mehrheitsverhältnisse zu Ungunsten der Christlich-Sozialen, die bisher dort die Führung hatten, jetzt aber die Mehrheit verloren. Auch die Gemeindevorstände in Steiermark und in Kärnten haben den Nationalsozialisten wesentliche Gewinne gebracht, die sich über die örtliche Bedeutung hinaus dadurch

auswirken werden, daß die Nationalsozialisten von dort aus nun auch in den Bundesrat gelangen, in dem sie mindestens 3 Sitze beanspruchen werden.

Der neu irische Staatspräsident de Valera hat schon im Wahlkampf und mit vermehrter Leidenschaft nach dem Siege und der Amtübernahme den Kampf um die Wahrung des Treuebundes gegenüber dem König von England als eines seiner obersten Ziele verkündet, und es war zu erwarten, daß er alsbald nach Zusammentritt des neuen Parlaments diese Frage zur Entscheidung stellen werde. Er hat das auch getan, aber er hat gleich bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal erfahren müssen, was das zitternswürdige Wahlergebnis als Beobachter der irischen Entwicklung lehrte, daß nämlich die Regierung de Valera für alle parlamentarischen Entscheidungen abhängig bleibt von der Unterstützung der Arbeiterpartei. Diese hat sozialpolitische Fragen für vordringlich erachtet und sie im Parlament zuerst zur Erörterung stellen wollen, und als de Valera auf Vorzugung der Frage des Treuebundes drang, haben ihm die Arbeitervertreter im Dail die Befehlsgewalt verweigert und er ist in der Widerbeziehung geblieben. Er handelt sich zwar eine mehr geschäftsmäßige Zustimmung, und de Valera hat wohl recht, wenn er in dieser Niederlage keine Mißtrauensbewegung sieht und daraus keine Konsequenzen zieht, als Symptom aber verdient diese Abstimmung im Hinblick auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen England und Irland Beachtung, denn sie ist geeignet, den Widerstand Englands gegen die irischen Forderungen zu vertiefen.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung

Zur der neuen Notverordnung. — Erlass in etwa 14 Tagen Berlin, 29. April.

Das staatspolitische Problem, das vordringlich gelöst werden muß, ist das der Arbeitsbeschaffung. Sofort nach der Wiedereinführung des Reichsnotgesetzes wird die Beratung der dafür vorgesehenen neuen Notverordnung beginnen. In großen Umrissen ist es möglich, schon jetzt über die Pläne der Reichsregierung bestimmte Mitteilungen zu machen. Die neue Notverordnung enthält Maßnahmen, die notwendig werden, zur Ausgleitung des Defizits bei der Arbeitslosienfrage. Es handelt sich um einen Fehlbetrag von ungefähr 600 Millionen RM, die beachtliche Reform des gesamten Versicherungswesens läßt sich jetzt noch nicht durchführen. Vielleicht kann sich erst einmal der Reichswirtschaftsrat in Verbindung mit anderen wirtschaftlichen Gremien über diese Problematik beraten. Vor dem Sommer wird die Beschleunigung der großen Sozialreform in Angriff nehmen können.

Für den Augenblick muß es sich darum handeln, so schnell wie möglich das Defizit zu beseitigen. Man denkt hierbei an eine gewisse Anpassung der Einnahmen an die Verbrauchserhöhung, und zwar in beweglicher Form, je nach der Anvertragsentwicklung, nach der Größe der Städte usw., weil auch hierover die geplante Zusammenlegung der drei Arten der Arbeitslosenunterstützung nicht durchführbar ist. Nun wird das Defizit auf diesem Wege allein nicht gedeckt werden können, so daß auch andere Quellen herangezogen werden müssen, aber auf keinen Fall neue Steuern.

Der zweite große und wichtige Teil der Notverordnung umfaßt dann alle Probleme, welche mit der Arbeitsbeschaffung zusammenhängen. Das Reichskabinett will durch zusammengefaßte Maßnahmen erreichen, daß neben der Saison- und konjunkturnabhängigen Abnahme der Arbeitslosigkeit ungefähr 400 000 Arbeiter mehr in den Produktionsprozess hineingestellt werden können. Rechnen wir dazu die Familien, so kommen wir zu einer Versorgung von mehr als einer Million Menschen.

Ueber eine Reihe von Einzelmaßnahmen dieses Beschaffungsprogramms sind schon früher Mitteilungen gemacht worden, die sich jetzt als richtig erweisen. Im Vordergrund steht eine starke Förderung der Siedlung, sowohl der städtischen Randbesiedlung wie der ländlichen Siedlung. Die eingehenden Vorbereitungen zielen besonders auf eine Verbilligung des Anlehens und die Kapitalbeschaffung hin. Bei der Randbesiedlung wird auf die Personen hauptsächlich zurückgegriffen, welche ohnehin Anspruch auf Renten haben. Bei der ländlichen Siedlung fallen die Kosten, welche sich pro Stelle bisher auf bis 50 000 RM belaufen, auf 5000 bis 6000 RM in der Weise heruntergedrückt werden, daß man Holz aus staatlichen Forsten für den Häuserbau bereitstellt, Boden heranzieht, der für absehbare Zeit nur verjüngt zu werden braucht, und dergleichen. Wie ebenfalls bereits angekündigt, beabsichtigt man einen starken Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes. Während bis jetzt hierin ungefähr 38 000 Menschen beschäftigt sind, glaubt man, diese Zahl mit einem verhältnismäßig geringen Kapitalaufwand mindestens verdreifachen zu können. Gerade in Verbindung mit der Förderung der Siedlung ergeben sich für diesen freiwilligen Arbeitsdienst viele Aufgaben. Denken wir nur an den Straßen- und Wegebau. Außerdem soll für den gewerblichen Mittel- und vermehrter Arbeit beschäftigt werden, besonders durch

die in der letzten Zeit ergebige erdrierte Reparatur der Motoren. Hier sind allerdings die Verhandlungen über die Finanzierung noch nicht abgeschlossen. Das Reichskabinett, das in der nächsten Woche die Beratung aller dieser Fragen und Probleme beabsichtigt in Angriff nehmen wird, rechnet damit, daß die neue Notverordnung in etwa 14 Tagen erlassen sein kann.

Die Reichsbahn senkt ihre Preise

Abbau der Schnell- und Eilzugzuschläge um 50 Prozent Herabsetzung der Zeitkartenpreise. — Verbilligung der Sommerurlaubsfahrten.

Der starke Rückgang des Reiseverkehrs hat die Reichsbahn-Gesellschaft veranlaßt, ihre Tarifpolitik einer gründlichen Korrektur zu unterziehen. Ausgehend von der Erwägung, daß nur durch eine erhebliche Verbilligung ihrer Tarifsätze eine Steigerung des Reiseverkehrs und dadurch eine Rentabilität des Betriebes zu erreichen ist, hat sich die Reichsbahnverwaltung entschlossen, die Personentarife wesentlich zu verbilligen. Mit Wirkung vom 1. Juni werden die bisher gültigen Sätze für Schnell- und Eilzugzuschläge um die Hälfte herabgesetzt und die Zeitkartenpreise auf dem Wege der Vereinfachung um 8 bis 21 v. H. vermindert. Außerdem kommt die Reichsbahn durch eine Verbilligung des Sommerurlaubsverkehrs um 20 v. H. den Wünschen der Bevölkerung in betragsmäßig weiterem Maße entgegen. Die Reichsbahn hofft, durch diese Maßnahmen von Belang der deutschen Erholungsstätten zu fördern.

Die neuen Schnell- und Eilzugzuschläge

Nach der neuen Regelung werden die Eilzugzuschläge zu 1/3 und die Schnellzugzuschläge um 50 v. H. in folgendem Maße:

	3. Kl.	2. u. 1. Kl.
June 1 (1—75 km)	0,50	1,00
" 2 (76—150 "	1,00	2,00
" 3 (151—225 "	1,50	3,00
" 4 (226—300 "	2,00	4,00
" 5 (über 300 "	2,50	5,00

In gleicher Weise erfahren auch die Eilzugzuschläge zu 1/3 eine Herabsetzung um 50 v. H. in folgendem Maße:

	3. Kl.	2. u. 1. Kl.
June 1 (1—75 km)	0,25	0,50
" 2 (76—150 "	0,50	1,00
" 3 (151—225 "	0,75	1,50
" 4 (226—300 "	1,00	2,00
" 5 (über 300 "	1,25	2,50

Die bisherige Maßnahme bei Eilzügen (1—25 km) fällt fort. Für die Benutzung von 30 v. H. (bisher einbezüglicher Zuschlag von 4 RM) treten zu den Eilzugzuschlägen 2. und 1. Klasse hinzu für Entfernungen bis zu 300 Kilometern 2 RM, darüber hinaus 3 RM.

Die Vereinfachung der Zeitkartenpreise

Die Reichsbahn hat den Zeitkartenpreisen für Zeitkartenpreisen

1. Klasse Personen-
2. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

2. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

3. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

4. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

5. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

6. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

7. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

8. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

9. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

10. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

11. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

12. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

13. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

14. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

15. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

16. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

17. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

18. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit

19. Klasse mit
Eilzugzuschlag für den Personentarif 2. Klasse mit